



Vor neuen Schwierigkeiten.

Der Rücktritt Briands.

Briand an Lloyd George.

Paris, 12. Januar. (Agence Havas). Briand hat an Lloyd George folgendes Telegramm geschickt.

In Anbetracht der politischen Umstände, die ich bei meiner Ankunft in Paris vorgefunden habe, war ich der Ansicht, daß es mir nicht möglich ist, den Vorsitz im Ministerrat zu behalten. Da ich dem Präsidenten der Republik den Rücktritt des Kabinetts unterbreite, kann ich nicht nach Cannes zurückkehren, um an den Arbeiten des Obersten Rates teilzunehmen. Ich bitte Sie, das unseren delegierten Kollegen mitzuteilen und ihnen gleichzeitig meine Bitte um Entschuldigungsvertrag und das Verhalten zum Ausdruck zu bringen, daß ich die Zusammenarbeit mit ihnen aufgeben mußte. Was Sie, mein lieber Herr Lloyd George, betrifft, tut es mir besonders leid, daß ich die Unterredungen, die wir im Interesse unserer beiden Länder, im Interesse des europäischen Friedens begonnen haben, nicht zu Ende führen konnte, die ich so gern zu einem guten Ende geführt hätte. Ich hoffe, daß mein Nachfolger, sie mit Ihnen wieder aufnehmen wird, und daß er, glücklich als ich, die Absichten wird verwirklichen können, die wir anstreben. Ich bitte Sie, den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung und Ergebenheit entgegenzunehmen.

Die Kabinettsbildung.

Paris, 13. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Gestern war es auf den Tag ein Jahr, daß das Kabinett Lehgues in der Kammer gestürzt wurde, vier Tage später war das Kabinett Briand gebildet. Die gegenwärtige Krise wird rascher zu Ende gehen. Die gestrigen Besprechungen zwischen Poincaré und Millerand dauerten bis 10,05 Uhr abends, wobei folgendes offizielle Communiqué ausgegeben wurde:

Der Präsident der Republik hat diesen Abend Herrn Poincaré ins Elisee zu kommen und forderte ihn auf, die Mission anzunehmen, das neue Kabinett zu bilden. Herr Poincaré erklärte, daß er heute einige seiner Freunde sehe und im Laufe des Tages dem Präsidenten der Republik eine endgültige Antwort geben werde.

Die Besprechungen zwischen Poincaré und den von ihm in Aussicht genommenen Sachministern werden sich rasch und glatt abwickeln. Die verschiedensten Kombinationen werden über die Auswahl, die er treffen werde, hier laut. Mit einiger Sicherheit kann man annehmen, daß Gaston Doumergue mit von der neuen Kombination sein werde. Auch der Name des Abgeordneten Maurice Maunoury, Präsidenten der Finanzkommission der Kammer, wird nicht in der neuen Ministerliste fehlen, und zwar wird dieser das Ministerium des Innern übernehmen. Von dem scheidenden Kabinett Briand werden Maginot entweder als Kriegs- oder als Pensionsminister, Le Troquer als Arbeitsminister, Daniel Vincent als Minister für öffentliche Arbeiten, Sarraut als Kolonialminister sicherlich in der neuen Liste erscheinen. Möglicherweise verbleibt auch Leon Verard Unterrichtsminister, wenn es Eudard Herriot ablehnen sollte, in ein Kabinett Poincaré einzutreten, um dieses Portefeuille zu übernehmen. Die Finanzen könnten an De Lasteyrie fallen, wenn Poincaré sie nicht selbst übernehmen sollte.

Die Politik Poincarés.

Paris, 13. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Das Kabinett Poincaré war eigentlich schon vor einem Jahr eine feste, unumkehrliche Tatsache. Der Geist, den Poincaré vertritt, und der sich in die Formel zusammenfassen läßt: „Best entschlossen gegenüber Deutschland“, mußte eine Verlebendigung erfahren. Die gegenwärtige Kammer ist aus richtigen Wahlwahlen hervorgegangen, denn mehr als 60 Abgeordnete sind Kriegsverletzte, und diese Eigenschaft allein machte sie den Wählern geeignet, um ins Palais Bourbon einzuziehen. Die Politik, welche Millerand, Lehgues und Briand als Ministerpräsidenten verfolgt hatten, und die sich gewiß in keinerlei Zugeständnissen an Deutschland kundgegeben hatte, die vielmehr immer wieder zu Besetzungen in Deutschland geführt hatten, wird durch Poincaré selbstverständlich eine Verschärfung erfahren. Schon in zwei Tagen, am 15. Januar, wird der neue Ministerpräsident zu zeigen haben, wessen er gegenüber Deutschland fähig sein wird, denn an diesem Tage läuft die Deutschland auferlegte Zahlungssfrist von 500 Millionen ab. Es ist zwar anzunehmen, daß die deutsche Abordnung in Cannes mit der Reparationskommission, die sich vollzählig in Cannes befindet, noch irgend eine formelle Besprechung abhalten wird, aber das entscheidende Wort liegt nunmehr bei Frankreich, und es wird sich schon in 48 Stunden zeigen müssen, ob Poincaré entschlossen ist, eine Politik auf eigene Faust zu betreiben, oder ob er weiterhin mit England mindestens äußerlich zusammengehen wird.

Es ist ein bemerkenswerter Zufall, daß man über die Grundlage der Politik Poincarés schon heute informiert ist; denn die Ausschüßbogen der am 15. Januar erscheinenden nächsten Nummer der „Revue des deux mondes“ liegen uns vor. In dieser Nummer spricht Poincaré über die politische Lage. Er geht von dem Frankreich angebotenen Allianzvertrag mit England aus und erklärt:

Die positive und offizielle Allianz mit England wäre uns sehr wertvoll. Sie würde uns in der Folge helfen, unsere militärischen Lasten zu erleichtern; sie würde uns helfen, unsere ruhiger der Friedensarbeit zu widmen. Aber damit wir vollkommen gesichert wären, wäre es notwendig, daß die englische Meinung sich der belgischen und der ungarischen anschloße und in der Lage sei, einen deutschen Anreiz abzuschlagen oder sogar ihm zuvorzukommen. Können wir abrufen, wenn England abrufen und Deutschland nicht abrufen? Wenn es wahr ist, daß wir für diese Allianz uns verpflichten müssen, unsere Beziehung der Rheinlande nicht zu verlängern, oder sie sogar abzukürzen, und wenn England sich nicht formell verpflichtet, uns eventuell durch die Garantie eines neueren Bündnis die genaue Durchführung des Friedensvertrages zu sichern, dann wäre die Allianz nichts anderes als eine Quasiansicherung. Wenn diese abgeschlossen würde, ohne daß das Einverständnis zwischen England und uns über die gegenseitigen Finanzinteressen einnehmende Haltung und über die spätere Regelung der deutschen Zahlungen vollkommen hergestellt wäre, so

hätte die Allianz die große Unzufriedenheit, uns mit Vorschlägen die Hände zu binden. Sie würde uns ohnmächtig und resigiert an die englische Politik binden, und Frankreich hätte früher oder später nichts anderes zu tun, als Trauer für seine verlorene Solidarität anzulegen. Goffen wir, daß die vorbereiteten Abmachungen diese düstere Voraussage beseitigen werden, daß die Allianz keines der beiden Völker zum Nutzen des anderen schwächen werde, und daß diese den Friedensvertrag von Versailles zu neuem Leben bringen werde, anstatt ihn einzuaragen.

Das bevorstehende Kabinett Poincaré wird in der gesamten französischen Presse, wenn man von der sozialistischen und vom „Deuore“ absteht, ruhig aufgenommen. Jene welche Forderungen liegen allerdings noch nicht vor. Man betrachtet dieses Kabinett als eine Schicksalsfügung, der man nicht enttrinnen konnte. Dies steht nur fest, daß die Clemencisten in der Kammer Poincaré eine ebenso ungünstige Aufnahme beibringen werden, wie sie dies dem Kabinett Briand getan hatten. Der heutige Leitartikel des neuen Blattes „Echo national“, den Lardie u. schreibt, gibt seiner großen Befriedigung über den Sturz des Kabinetts Briand Ausdruck, ohne aber auch nur ein Wort über das bevorstehende Kabinett Poincaré zu sagen.

Briands Entschluß.

Paris, 13. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der Chefredakteur des „Matin“, Stephan Laujanne, macht bemerkenswerte Mitteilungen darüber, wie Briand den Entschluß faßte, zu demissionieren. Am 12. Januar in der Kammer bemerkte, daß die Befürchtungen seiner Ministerkollegen über die Abmachungen von Cannes trotz seiner Ausführungen nicht vollkommen zerstreut waren. Man erklärte offen, daß eine Allianz mit England auf 10 Jahre keinen Vorteil biete; denn innerhalb 10 Jahren sei ein Anariff Deutschlands nicht zu befürchten; jedoch mit diesem in 15 oder 20 Jahren zu rechnen. Für diese Zeit sehe das Abkommen nichts vor. Außerdem bedauerte man es, daß von dem Abschluß einer Militärkonvention keine Rede in dem Vertrag sei. Allerdings ließ, als Briand um 1 Uhr das Elisee verließ, nichts darauf schließen, daß er demissionieren werde, obwohl er einigen Freunden erklärte, daß er nach Cannes nicht zurückkehren werde. Man legte es aber so aus, daß Roucheur die Verhandlungen fortsetzen werde. Als die Minister um 3 Uhr in der Kammer erschienen, hatten sie den Eindruck, daß das Kabinett bestehen bleiben werde. In der Zwischenzeit hatte aber Briand mit einigen persönlichen Freunden eine Unterredung, und diese hatten ihn über die Stimmung in Kammer und Senat aufgeklärt. Er mußte namentlich erkennen, wie groß die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Millerand seien. Das „Deuore“ erklärt heute offen, daß Millerand es war, der den Sturz des Kabinetts herbeiführte. Unter diesen Umständen entschloß sich Briand, zu demissionieren. Nur dem Marine-Minister und Viviani machte er von diesem Vorhaben Mitteilung. Trotz des Drängens Vivianis beharrte er auf seinem Entschluß.

Die Aufnahme in Cannes.

Paris, 13. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Über die Aufnahme der Nachricht von der Demission in Cannes machen die Pariser Morgenblätter einige bemerkenswerte Mitteilungen. Der „Matin“ läßt sich berichten, daß ein italienischer Delegierter erklärte, daß diese Demission ein Vorfall ohne Gleichen sei. Man habe 1000 Persönlichkeiten zusammengerufen, um zu arbeiten. Diese verloren 14 Tage. Die ganze Arbeit sei für nichts gewesen. Jules Sauerwein drückt demselben Blatte aus Cannes, daß die alliierten Minister es zwar ablehnten, ihre Ansicht über die Kritik zu äußern. Sie erklärten nur, daß Roucheur für einen Minister, der noch Pflichten der Gastfreundschaft zu erfüllen hatte, viel zu rasch abgereist sei. Bei den Alliierten befürchtet man, daß die Wirtschaftskonferenz vollkommen vergeblich wäre, weil Frankreich seine Politik ändern werde. Trotzdem glaubt man, daß die Konferenz von Genua jedenfalls stattfinden werde, weil die Einladungen dazu schon verhandelt worden seien. Man glaubt auch, daß das französisch-englische Abkommen ins Leben treten werde. Man nimmt in Cannes an, daß eine neue Sitzung des Obersten Rates in 10 Tagen in Paris oder London werde stattfinden können.

Der Eindruck in Washington.

L. U. London, 13. Januar. Aus Washington wird gemeldet: Die Nachricht vom Rücktritt Briands wurde in den hiesigen Konferenzkreisen mit großer Bestürzung aufgenommen. Die Tatsache wurde von Hughes bekanntgegeben, der mit Balfour, Baron Rato, Sarraut und Schanger verhandelt hatte. Die Mitglieder der amerikanischen Delegation erklärten über diese neue Entwicklung ihr größtes Bedauern.

Antrag auf Vertagung des Obersten Rates.

Cannes, 12. Januar. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, der Oberste Rat wird Freitag vormittags 11 Uhr zusammentreten. Die Mitglieder der Reparationskommission werden der Sitzung nicht beizuhaben. Die deutsche Delegation wird nicht angehört werden. Der dem Minister für auswärtige Angelegenheiten zugeteilte Direktor für politische Angelegenheiten, Laroché, wird bei der Sitzung Frankreich vertreten. Er erhielt von Briand die Anweisung, sich als Beobachter zu verhalten und nicht in die Debatte einzugreifen. Es ist wahrscheinlich, daß in dieser Sitzung der Oberste Rat die Aufhebung der Tagung beschließen wird.

Cannes, 13. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Heute findet um 11 Uhr vormittags eine kurze Sitzung des Obersten Rates statt, wobei nichts anderes erklärt werden wird, als daß die Beratungen des Obersten Rates zu Ende seien. Mathenau war gerade gestern am Worte, als die Nachricht vom dem Rücktritt Briands Lloyd George überbracht wurde. Er erklärte, daß er die Sitzung unterbreche, damit der See eingenommen werden könnte. Aus den Ausführungen Mathenaus wird noch bekannt, daß er sich namens Deutschlands bereit erklärte, die Autonomie der Reichsbank zu verkünden. Bezüglich der Konferenz von Genua teilte er mit, daß Deutschland bereit sei, an dem Wiederaufbau in Rußlands mitzuarbeiten, und Techniker sowie Kapitalien zur Verfügung zu stellen. Jenebeine Erwiderung über den Vortrag Mathenaus fand nicht statt.

Reichstag und Regierung zur neuen Lage.

§§ Berlin, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Einberufung des Reichstages zum 19. Januar geschah in der Voraussetzung, daß nicht der Verlauf der internationalen Verhandlungen eine frühere Einberufung erfordert. Durch den Rücktritt Briands ist diese Voraussetzung hinfällig geworden. Der Reichstag wird nun bereits am Dienstag zusammentreten.

Auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung sind gesetzt die Interpellation der bürgerlichen Parteien wegen der Futtermittelversorgung, die Interpellation der Deutschnationalen wegen des Wagenmangels der Reichsbahn, die Interpellation der Demokraten wegen der Finanznot der Gemeinden, ferner der Gesetzentwurf über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenendienste, der Gesetzentwurf über die Entschädigung der zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Vertrauensmänner, der Bericht des Rechtsausschusses über den von den drei sozialistischen Parteien beantragten Gesetzentwurf über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz sowie einige kleinere Vorlagen. Vermutlich wird die erste Plenarsitzung mit einer offiziellen Regierungserklärung des Reichskanzlers Dr. Wirth eröffnet werden. Bevor der Reichstag zusammentritt, werden die einzelnen Parteien zur Lage Stellung nehmen. Infolgedessen wird am Sonnabend vormittags eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses stattfinden, an der aller Wahrscheinlichkeit nach auch der Reichskanzler teilnehmen wird. Was den Zusammentritt des auswärtigen Ausschusses betrifft, so ist er zunächst von dem Vorsitzenden Dr. Stresemann auf Mittwoch, 18. Januar, vormittags zusammenberufen worden. Heute wird Dr. Stresemann in dessen mit der Regierung und den Parteien Fühlung nehmen, ob man einen früheren Zusammentritt des Ausschusses für zweckmäßig hält.

Gestern nachmittag hat die angekündigte Kabinettsitzung stattgefunden, in deren Verlaufe dem Reichskanzler die Meldung vom dem Rücktritt des Kabinetts Briand überbracht wurde. Die Regierung trat hierauf sofort in die Beratung über die durch den Rücktritt veränderte Situation ein. Die Sitzung dauerte bis abends 8 Uhr.

Die neue Löhneraktion.

Berlin, 13. Januar. Die mehrtägigen Verhandlungen über die durch die Löhner wieder notwendig gewordenen Einkommensverbesserungen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches sind gestern abend im Reichsfinanzministerium zu Ende geführt worden. Die Regierung will dem Reichstage die notwendige Vorlage bei seinem Wiederzusammentritt vorlegen, so daß im Falle der Genehmigung die erhöhten Bezüge in Halde zur Auszahlung gelangen können. Die Löhnerhöhung für Reichs- und Staatsarbeiter sieht folgendes vor:

- 1) Vom 1. Januar 1922 ab erhalten Reichs- und Staatsbediensteter und Arbeiter eine Stundenlohnerrhöhung von 75 Pfg.;
- 2) an allen Orten, an denen der Lohn der Privatarbeiter höher ist als der der Staatsarbeiter, soll diese Spannung durch Abwertungszuschüsse ausgeglichen werden. Die diesbezüglichen Verhandlungen begannen am 21. Januar. Als Stichtag für die neuen Bezüge kommt der 12. Januar in Frage, d. h. alle Staatsarbeiter, die zu diesem Termine im Dienste der Staatsverwaltung standen, erhalten die abgemachten Bezüge. Für Jugendliche vom 15. bis zum 18. Lebensjahre wurde eine Stundenlohnerrhöhung von 85 Pfg. beschlossen. Neunzehnjährige bekommen 55 Pfg. Weibliche Bedienstete bis zu einem Alter von einschl. 19 Jahren erhalten eine Stundenlohnerrhöhung von 30 Pfg., von 20 Jahren und darüber eine solche von 50 Pfg.

Wirtschaftsprogramm der deutschen Industrie.

§§ Das Präsidium, der Vorstand und der Hauptauschüß des Reichsverbandes der deutschen Industrie haben in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, für die Wirtschaftskonferenz in Genua ein großes Wirtschaftsprogramm aufzustellen. Der Reichsverband hatte für die Londoner Konferenz ebenfalls eine solche Denkschrift ausgearbeitet. Die neue Denkschrift für Genua soll dem gleichen Zwecke dienen und genaue Unterlagen bieten für Deutschlands wirtschaftliche Lage und für unsere Leistungsfähigkeit. Angesichts der Verhandlungen in Cannes hat man in Wirtschaftskreisen jeden Optimismus verloren. Trotzdem will der Reichsverband für alle Fälle gerüstet sein. Für die Redigierung dieser Denkschrift ist eine Kommission gewählt worden.

Oesterreichisch-ungarische Verhandlungen.

Wien, 13. Januar. (Telegr. Kor.-Büro.) Die ungarische Delegation ist unter Führung des Ministerpräsidenten heute früh hier eingetroffen und trat heute vormittags mit der österreichischen Delegation zu der ersten Vollsitzung zusammen, in der Bundeskanzler Schober seine Freunde ausbrückte, die ungarischen Vertreter begrüßen zu können. Der Bundeskanzler finanzierte das Programm, das sich im allgemeinen auf die Durchführung des Benediger Protokolls bezieht, und sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen ein den Interessen beider Staaten entsprechendes Ergebnis zeitigen werde. Er schloß vor, sofort in die Arbeit einzutreten und drei Kommissionen für die Regelung der finanzpolitischen Angelegenheit, für Eisenbahn-, Verkehrs- und Grenzfragen und schließlich für die Verhandlungen der handelspolitischen Beziehungen zu bilden. Der ungarische Ministerpräsident schloß sich dem Vorschlage des Bundeskanzlers an und bat, von dem guten Willen der ungarischen Delegation zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen überzeugt zu sein. Er sprach ebenfalls seine Hoffnungen auf ein einträgliches Verhandlungsergebnis aus, umso mehr, als die ungarische Delegation das archaischste Entschlossenkommen in den wirtschaftlichen Fragen beibringe wolle. Darauf nahmen die Kommissionen sofort die sachtechnischen Beratungen auf.

Grundzüge für die Beamtenlaufbahn.

w. Berlin, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Reichstagsauschuss für Beamtenangelegenheiten wurde die Personalreform weiter beraten. Geheimrat Daniel aus dem Reichsministerium des Innern berichtete über den Stand der Angelegenheit der Beschäftigung des Eintritts und Aufstieges bei den verschiedenen Behörden und den Ländern und wies darauf hin, dass in den bisherigen Verhandlungen eine Übereinstimmung nicht erzielt worden war. Man einigte sich schließlich dahin, dass für die Hoheitsverwaltungen eine andere Regelung stattfinden muss, wie für die Betriebs- und die Polizeiverwaltungen. Den Betriebsverwaltungen und der Polizeiverwaltung werde es überlassen, im Einvernehmen besondere Vorschriften herauszugeben. Über die Verhandlungen werde am 13. Januar d. J. mit den Organisationen der Beamten verhandelt werden. Am Verlauf der Aussprache beizutreten es W. Delius (Dm.) als Beobachter, dass keine einheitliche Regelung für die Personalverhältnisse aller Verwaltungen gefunden sei. Die Demokraten hätten auf eine solche Regelung nicht verzichtet. W. Vogel (Dn.) erklärte ebenfalls die mangelnde Einheitlichkeit in der Laufbahn der Verwaltung zwar für bedauerlich, jedoch sei dieser Mangel besser, als eine den Verwaltungs- und Betriebsverhältnissen nicht entsprechende einheitliche Form. Die Lösung der Frage der Übergangsbestimmungen für die vorhandenen Beamten hänge eng zusammen mit der Stellungnahme zu den neuen Personalvorschriften. In den Prüfungsbestimmungen werde nicht genügend Wert gelegt auf statistische Verhältnisse und soziale Politik.

Der Ausschuss einigte sich nach längerer Debatte auf eine Entschließung Deglerz (Dn.), in der die Regierung ersucht wird, einer Entschließung des Reichstages zum Besoldungsgebot vom 17. Dezember 1920 betr. Aufstellung von Grundzügen für die künftigen Laufbahnen der Beamten aller Reichsverwaltungen und der Länder schleunigst Folge zu leisten. — Der Vorsitzende W. Deglerz wies darauf hin, dass sich einheitliche Richtlinien für die Personalreform bis zu einem gewissen Grade anhand der Personalreform aufstellen lassen und dass deshalb der Eintritt in die Spezialdebatte nachdringender sein werde. Es sei zu erwarten, dass der Fragenkomplex nicht nur beim Reich, sondern auch bei den Ländern dann rasch in Fluss kommen werde. — Der Ausschuss entschied sich für den vorerwähnten Eintrag in die Spezialdebatte. Die Weiterberatung erfolgt Freitag.

Die Mietssteuer.

* Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus (Mietssteuer) vom 26. Juni d. J. fest eine Abgabe von 5 Proz. des Nutzungswertes, gerechnet nach der Friedensmiete, fest, die die Länder erheben sollen, während die Gemeinden mindestens ebensoviel erheben dürfen. Nunmehr hat sich nach Ansicht der Regierung die Notwendigkeit einer erheblichen Erhöhung dieses Satzes herausgestellt, noch ehe die Abgabe durchweg in den Ländern zur Erhebung gekommen ist. Nachdem man einige Zeitlang geschwankt hatte, ob man nicht bis 100 Proz. gehen könne, hat die Reichsregierung vorgeschlagen, die Abgabe zu verknüpfen. Die Länder sollen 25 Proz. und die Gemeinden mindestens ebensoviel erheben dürfen. Die Ausschüsse des Reichsrates haben die Verknüpfung der Mietssteuer angenommen, aber in zwei Punkten eine Abänderung der Vorlage beschlossen. Erstens wurde der Vorschlag getilgt, dass der Steuerbetrag für die reichseigenen Dienstwohnungen an das Reich abgeführt werden solle. Auch dieser Betrag soll nach den Ausschussbeschlüssen den Ländern verbleiben. Zweitens wurde der Ausgleichsfonds, der bisher 10 Proz. betrug, den die Länder von dem Hohertrage an das Reich abzuführen haben, auf 5 Proz. herabgesetzt. Die Vorklärung des Reichsrates nahm die Vorlage nach den Ausschussbeschlüssen mit Mehrheitsbeschluss an. Im Zusammenhang damit wurde der Entwurf einer Bekanntmachung über Gewährung von Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaus angenommen. Darnach können die Reichshilfen verdrängt werden, die als sogenannte Übersteuerungszuschüsse gegeben werden.

Ungarns Außenpolitik.

D. Wien, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Dfenpest wird gemeldet: In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung beschäftigte sich der Abg. Kovacs, eine der führenden Persönlichkeiten der Kleinen Landwirtpartei, mit der Außenpolitik Ungarns. Er warf die Frage auf, ob die in der letzten Zeit vorgenommene französische Orientierung für Ungarn von Vorteil sei, während Frankreich sich zusehends dem Zustande der Isolierung näherte. Die Deutschen seien allerdings ein niedrigeres Volk, sie hätten nicht aufgehört, ein wichtiger Faktor in Europa zu sein. Es wäre eine tragische Wendung, wenn Ungarn, das so lange der Verbündete Deutschlands war, sich nunmehr dessen ärgsten Feinden anschließen würde. Der Redner äußerte sein Bedenken über die Absicht, den bisherigen Pariser Geschäftsträger durch einen ausgesprochenen Franzosenfreund zu ersetzen.

Der Tag des Erwachens.

Von Wolfgang Woidschütz.

Der Assessor hatte wohl Ursache, seinen feurigen Redeplatz zu unterbrechen. Des Steuerrats freundliches Nicken war zur starken Mäße geworden. Die beglückten Bäckchen auf den wolkigen Wangen schwandten dahin, und drohend zogen sich die Augenbrauen zusammen. „Reimer — und der Kandidat — was haben denn diese Menschen mit Deinet Geirat mit Räte Wunderlich zu tun?“

Die Frage war ein herber Nasenstüber für den Assessor. — „Görz“, hatte ihm dieser Reimer die Gölle eingeheizt, daß in seinem Hirnlasten kein anderer Gedanke Raum hatte, als nach Breslau an die Reihen der freiwilligen grünen Jäger zu eilen. Was da noch etwas anderes daneben? Jeder mußte doch nur an das Eine denken. Oder gab es noch Leute, die an die gemeinen alltäglichen Verrichtungen dachten? Ewald wurde bald rauh aufgemittelt.

„Was starrst Du so vor Dich hin? Du scheinst mir nette Wöde geschossen zu haben. Deine Geiratgeschichte mit Räte Wunderlich hast Du demnach nicht ins Reine gebracht? Was willst Du da überhaupt in Breslau?“

Ein Wunder war es zu nennen, daß der Steuertrat ruhig den Eröffnungen seines Sohnes folgte. Nur ein ärgerlich-pöpstliches Lachen erklang, als der Assessor von der Verhandlung berichtete, die ihm im Hause Wunderlich wiederfahren war. Aber daß der sonst so willige und gehorsame Sohn nicht zum wenigsten nach dem befragten Mißerfolg zuerst nach Hause gekommen war, um die verfahrenen Affäre durch klugen väterlichen Rat zurückzurufen, das war bodenlos leichtfertig oder —. Über der Herr Steuertrat bezwang die Luft, der auf ihn eindringenden Gedankenfülle Worte zu verleihen. Mal weiterhören, was der Wengel getrieben hat. — „So, so, in den „Löwen“ war er gewandert, ungehörige Gesellschaft für einen königlichen Assessor, dieser verhungerte Kandidat und Lateinschulmeister, der für eine warme Mahlzeit seine kümmerliche Gehaltensweise anbringt. Dann dieser Kollaborator vom „Frauen Kloster“ in Berlin. Was hatte der sich jetzt im Lande herumzutreiben, wo die Ferientzeit doch weit im Felde lag? Doch immer noch hielt der alte Herr mit einer Geduld an sich, die ihm selbst übermenschlich dünkte. Die untreue Jugend mit ihren Verbannten Ideen von Freiheit und Erneuerung des Staates!

Der Vertrag von Lana.

D. Wien, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Prag wird gemeldet, daß der Vorstand des deutschen parlamentarischen Verbandes, der die sämtlichen bürgerlichen Parteien umfaßt, beschloffen hat, so wie die deutschböhmischen Sozialdemokraten gegen den politischen Teil des Vertrages von Lana zu stimmen.

D. Wien, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Innsbruck wird gemeldet, daß die Großdeutsche Volkspartei im Landtage einen Antrag auf Revision der im Verfassungskomitee vorgeschlagenen Volksbefragung über das Abkommen von Lana eingebracht hat. Es sind 10 000 Stimmen notwendig, damit dieser Antrag durch Nationalversammlung und Bundesrat verwirklicht werden kann. Die Tiroler Blätter sind der Meinung, daß diese 10 000 Stimmen mit Leichtigkeit beigebracht werden.

Das Glend in Rußland.

Kopenhagen, 12. Januar. Die „Politiken“ aus Riga berichtet, daß die epidemische und andere Krankheiten in Rußland gegenwärtig wie nie zuvor. Über den Gesundheitszustand im Hungergebiet macht das Blatt „Pravda“ nähere Mitteilungen. In der 4000 Einwohner zählenden Stadt Tomahys, in der jetzigen Lettenrepublik, kamen im Laufe einer Woche 90 Typhusfälle vor, 77 Fälle von Ruhr, 39 von akuten gastrischen Krankheiten, 17 von Scharlach, 80 von fibrinöser Pest, 41 von Tuberkulose, 34 von Malaria. Demnach erkrankten 1496 von den 4000 Einwohnern. Hunderttausende flüchten vor der Hungersnot und verbreiteten Epidemien über das ganze Land. Die Flüchtlinge befinden sich in unbeschreiblicher sanitärer Verfassung. Die meisten sind in Verhinderung gekommen. Sie sind mit Ingezier, namentlich Rüben, bedeckt. Gemäßigter, der Oberkommissar des russischen Sanitätswesens, erklärt, die Lage sei viel schlimmer als 1919. Es sei unmöglich, die Krankheiten zu lokalisieren. Das ganze Land sei angefüllt. Auch die Regierungskommissare und eine Reihe von Beamten des ausländischen Sanitätspersonals sind erkrankt. In Petersburg werden wöchentlich 350 bis 500 Typhusfälle festgestellt. Die einzige Öffnung Rußlands ist die Süße des Auslandes.

Die schwedische Thronrede.

w. Stockholm, 12. Januar. Der Reichstag wurde gestern eröffnet: zum ersten Male erschienen Frauen als Mitglieder des Reichstages. In der Thronrede des Königs heißt es u. a.: „Die bessere Zukunft, die wir für Schweden erhoffen, ist nicht nur von uns selbst abhängig. Nach dem für die ganze Menschheit gemeinsamen Anstrich des Krieges, nach der weltumfassenden Zerstörung und Zerschmetterung nach im neuen Europa das Werk des Wiederaufbaus in gemeinsamer Arbeit geistlich. An dieser Aufgabe muß auch die schwedische Volksvertretung mitarbeiten. Nur von dem Zusammenarbeiten aller im Geiste der Verständigung kann eine Besserung der Lage im Norden Europas erwartet werden.“ Vom Völkerverbund sagte der König u. a., daß er noch nicht umfassend genug sei, um den Mittelpunkt für die Erörterung des großen Weltproblems zu geben. Weiter sagte die Thronrede, daß durch die Neutralisierung von Land und See Schweden als berechtigt anerkannt sind, und erwähnt, die Tatsache, daß Schweden seit kurzem in Selbstlosigkeit wieder von einem Gefandten vertreten wird, über die schwedisch-russischen Beziehungen wird nicht vergessen, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden. Als Hauptproblem der inneren Politik Schwedens bezeichnet der König die Arbeitslosigkeit, zu deren Bekämpfung bedeutende Summen vom Staate bewilligt werden müßten. Außerste Sparmaßnahme in der Verwaltung sei notwendig. Eine Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer sei nicht beabsichtigt. Schließlich wird ein Gesetzentwurf über die Zulassung der Frauen zum Staatsbeamtendienst angekündigt.

Berichtete Mitteilungen.

§§ Im Organisationsausschuss des Reichsverkehrsministeriums ist es am Mittwoch zu einem Konflikt über die Zusammenlegung des Verwaltungsrates gekommen. Die Streitfrage war, ob als Vertreter des Personalrats dem Verwaltungsrat ausschließlich aktive Eisenbahnbedienstete angehören dürfen oder auch hauptamtlich in der Gewerkschaft angestellte Arbeiter. Die Gewerkschaften mit Ausnahme der Reichsgewerkschaft entschieden sich für die letztere Auffassung. Von der Vertretung der Verwaltung stimmten drei gegen den Standpunkt der Gewerkschaft, fünf enthielten sich der Stimme. Dadurch gelangte der Antrag, nur aktive Eisenbahnbedienstete als Mitglieder in den Verwaltungsrat zu entsenden, zur Annahme. Darauf verließen die Vertreter der deutschen Eisenbahner und des allgemeinen Eisenbahnerverbandes die Sitzung, die sodann vertagt wurde. Der geschäftsführende Vorsitzende der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat das Verhalten seiner Vertreter gebilligt. Der allgemeine Eisenbahnerverband wird eine ähnliche Haltung einnehmen. Es besteht daher die Gefahr, daß der Ausschuss seine Tätigkeit einstellen muß.

Aber da hatte man die Folgen des neuen Purges in Berlin. Dem Steuertrat war ja dieser Herr Generalmajor Scharnhorst schon längst etwas anständig vorgekommen. Was würde der Alte, der seit mehr als einem Vierteljahrhundert in Sanssouci schlief, zu dem buntschneidigen Reformwesen sagen? Heute stand in der Postzeitung wieder genug tolles Zeug. Was da? — Der Hungerkandidat und der Berliner Schulmeister wollten höchstselbst die Flinte auf den Rücken nehmen und miteinander den Kaiser Napoleon aus dem Lande jagen. Zum Lachen war das, und der würdige Mann tat sich auch gar keinen Zwang an.

„Junge“, prustete er heraus, „wohin Dein närrisches Getue fiel mir auf die Nerven, und daß Du dich bei den Wunderlichen so leicht an die Wand drücken lässest, das gefallt mir ganz und gar nicht. Aber solch verrückte Streiche anzusetzen, einfach aus seinem Amt zu laufen, wie dieser Reimer, und in eine Tollhauseinfahrt einzutreten, dazu bist Du mir doch zu vernünftig.“

Das väterliche Lob aber verstärkte die Weisheit des armen Sohnes noch; die Qual wurde immer länger und fürchterlicher. Wie war der bettelarme Kandidat kümmerlich zu beneiden! Keine Fessel hemmte ihn, frei konnte er seinem väterlichen Pflichtdrange folgen. War es oft im Leben so schwer gemacht, dem Orange der Pflicht zu folgen? Mühte Selbstverständliches auch von anderen so hart erkaufte werden? Wie würde Reimer ihn verachten, wenn er ihn so vor dem väterlichen Inquisitor beobachten könnte? Für diesen willensstarken Menschen gab es kein Hemmnis, wenn er etwas als gut und recht erkannt hatte. Das Amt hatte ihn nicht in der Schulstube zurückgehalten, das rauhe Winterwetter war ihm ein Nichts, wo das Vaterland ihn ins Kriegslager rief.

In Ewalds Mienen arbeitete es, wie ein Krampf durchzuckte es sein Inneres. Diese erbärmliche Unmännlichkeit, immer unter dem Druck eines anderen Willens zu stehen, nie herausragen zu können, was die eigenen Gedanken wollten, das persönliche Ich immer unterdrücken zu müssen und langsam ersticken zu fühlen unter der Gewalt des übermächtigen Fremden. In Ewald bürdete es sich auf, die lähmende Fessel abzureißen und frei herauszusprechen: „Ja, Vater, ich bin auch einer von denen, die du töricht und untreu nennst, weil sie ihr Leben dem zum Opfer anbieten, das sie als das Heiligste und Ehrwürdigste verehren.“

Aber da trafen die Augen des Jungen auf den höhnischen Blick des Vaters. „Jeder rechte Vater wird wohl noch Mittel und Wege finden, bei seinem Eigenen die überspannten Nervenheiten abzuwehren und dem jungen Herrn das Soldatenspiel zu verleben.“

obz. Dem Reichsrat ist eine ganze Anzahl von Gesetzentwürfen zugegangen. U. a. eine Vorlage über die Erhebung einer Abgabe bei der Ausfuhr von Waren, ein Gesetzentwurf über Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige. Alle diese Gesetzentwürfe wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

— Eine neue bayerische Frage? Unter dieser Überschrift wendet sich der „Bayerische Kurier“ dagegen, daß rückwirkend vom 1. Dezember d. J. auf böhmische Kohle die deutsche Kohlensteuer mit gegenwärtig 20 Proz., demnach aber vorzugsweise mit 40 Proz. des Wertes vom Reichsfinanzministerium erhoben werden soll. Daburich werde die bayerische Industrie, die im besonderen Maße auf die böhmische Kohle angewiesen sei, mit jährlich 250 Millionen Mark belastet und ihre Konkurrenzfähigkeit eingeschränkt. Das Blatt stellt zum Schluß die Frage: Mit der bayerischen Regierung diese ausschlaggebende Maßnahme besprochen worden; wenn nicht, was denkt die bayerische Regierung zu tun, nachdem sie einen solchen Kaufschlaue erhalten hat?

§§ Das Siedlungsprogramm für 1922. Im preussischen Landwirtschaftsministerium finden unter dem Vorsitz des Ministers am 13. und 14. Januar Beratungen über die zmedmäßige und beschleunigte Durchführung der den Landeskulturbehörden obliegenden Aufgaben auf dem Gebiet des Siedlungswesens, die Kultivierung von Moor, Heide und ähnlichen Ländereien und der wirtschaftlichen Umlegung von Grundstücken statt. Es werden daran die sämtlichen Kulturlandpräsidenten, am zweiten Tag, an welchem besonders das Siedlungsprogramm für 1922 besprochen werden soll, auch die Direktoren der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, sowie die Vorsitzenden der Siedlungsverbände teilnehmen.

— Das Gut Rapp. Der amtliche „Preussische Pressedienst“ teilt mit: „Die Behauptungen einiger Zeitungen, daß der Sohn Rapps staatlich erhalte, ist unrichtig. Der gerichtlich bestellte Pfleger hat mit ihm einen Nachvertrag abgeschlossen, der jedoch erst in Wirksamkeit treten kann, wenn die zuständigen Behörden, namentlich das Vormundschaftsgericht, die Genehmigung erteilt haben. Inzwischen ist Rapp junior vom Pfleger als vorläufiger Verwalter des Rapp besessenen Gutes Wilzen eingekerkert worden und erhält hierfür als Entschädigung, außer den Naturalien für den Haushalt, 5000 Mark in bar. Wenn in diesem Zusammenhang auf die großen Überschüsse des Gutes Wilzen hingewiesen wird, so entspricht das nicht den Tatsachen; das Gut war im Gegenteil recht verarmt. Die Dienst- bzw. Ruhegehaltsbezüge Rapps als Generallandchaftsdirektor sind während des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens gesperrt. Der mittellose Frau Rapp wird von der Landchaft eine freiwillige Unterstützung gezahlt, deren Höhe amtlich nicht bekannt ist. Die Regierung kann trotz ihres Aufsichtrechts eine solche Unterstützung nicht verhindern, da die Landchaft ein selbständiger Verwaltungskörper ist.“

— Der Fall Morvilius. Ein eigenartiges Licht erhält die Vadeniebhabersaffäre Morvilius und Gestoffen durch eine Mitteilung des Reichsverbandes Deutscher Detektive, nach welcher bereits im Jahre 1918 die Mutter der Frau Morvilius, die jetzige Frau Röber, die damals noch Frau Schneider hieß, von der Detektive Max Joh. Wuitrow, als Vadeniebhabin gestellt und auf freier Tat überführt worden ist. Frau Röber wurde in einem Sinnenwarengeschäft in der Joachimsthaler Straße dann gefast, als sie in ihrem Muff ein Palet Bedeckte untergebracht hatte und wurde daraufhin verhaftet. Die sofort vorgenommene Hausdurchsuchung förderte ein ansehnliches Diebeslager in der Gartenbergstraße 33 wo Frau Röber damals wohnte, zutage. Auch zu jener Zeit muß der Vadeniebhab in großem Umfang betrieben worden sein, da man unter den in der Wohnung aufgetapelten Waren auch mehrere Rollen Seidenstoffe fand. Was das Berliner Polizeipräsidium mit diesem Material angefangen hat, ist nicht festzustellen.

— Die Schulkontrolle der Rheinlandkommission. Nach einer Meldung aus Koblenz hat der Vorsitzende der Interalliierten Rheinlandkommission, der Oberst Stone, den amerikanischen Delegierten der Rheinlandkommission, zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses für den im besetzten Gebiet erteilten Schulunterricht ernannt. Oberst Stone hat sich bereits mit dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiet in Verbindung gesetzt.

— Neuregelung der Messzuschüsse. Im Reichsrat beantragte namens Preußens Staatssekretär Götze den Zuschuß für die Leipziger Messe auf 7½ Millionen herabzusetzen, dagegen für die Messen in Frankfurt eine Million, für Breslau und Köln je 625 000 Mark und Stuttgart 250 000 Mark zu bewilligen. Der Antrag Preußens wurde mit 47 gegen 17 Stimmen angenommen.

— T. U. Französische Forderungen an die Tschechoslowakei. Prag, 11. Januar. „Rude Bravo“ zufolge fordert die französische Regierung die baldige Bezahlung von 750 Millionen Franken für den Unterhalt der tschechoslowakischen Regionen, die teilerweise in Rußland für die französischen Interessen gekämpft haben.

— Anfolge des Kohlenmangels befindet sich Tirol in großer wirtschaftlicher Not. Der deutschnationalistische Abgeordnete Wulle richtete nun eine Anfrage an die Reichsregierung, ob sie nicht bereit sei, mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Tirols und zur Verhütung des Gemeinschaftsgefühls mit diesem Lande seine Versorgung mit deutscher Kohle in die Wege zu leiten.

An eine Stunde mußte Ewald denken, in der er dem Vater ein schlechtes Zeugnis von der Lateinschule vorzuweisen hatte. Gedacht war er hinausgehenden und hatte sich den ganzen Tag schon in den Winkeln des Hauses herumgedrückt. Verwundert schaute Steuertrat Bruns den Sohn an: „Was ist dir? Ist dir übel?“

Ewald murmelte etwas von Kopfschmerz, doch da hörte er wieder Reimers Stimme: „Überlege es dir, ob du den Weg nach zu uns finden kannst!“ Ein Rud ging durch die Gestalt des jungen Mannes, aber er sank wieder zusammen, und matt kam es aus seinem Munde: „Vater, Reimer will mich morgen nach Breslau mitnehmen. Wir wollen beide zusammen bei einem Truppenteil eintreten.“

Ewald hatte mit gesenkten Augen gesprochen, so konnte er auch nicht das mitbergerzte Antlitz des Vaters sehen. Erst als der Steuertrat mit beiden Händen auf den Tisch schlug und aufsprang, daß man denken konnte, alle Geräte im Zimmer würden einen Ruck durchlaufen, sah er voll und ganz, was er mit seinem Geständnis angerichtet. Zuwiderst sah den alten Bruns die Luft zum Atmen und erst recht zum Reden zu fehlen. Aber nach kurzer Pause brach es haltlos über den Sohn herein.

„Also recht gültig ist es von dem Herrn Reimer, daß er dich mitnehmen will! Aber da hat wohl der Vater noch ein Wort mitzureden. Die Ausrichtung wird dir der Reimer wohl auch bezahlen. Und du ein Soldat! Schick lieber das rezolente Frauenzimmer, Wunderliches Räte, zu den Freiwilligen. Wie ein Waichlappen hast du dich heute vor ihr benommen. Mit der Bürgermeisterei ist es natürlich auch Schluß. Reisen werden wir morgen, aber wir beide zusammen, und nicht nach Breslau, sondern nach Berlin. Dort kann ich alter Mann mir die Beine abrennen, um dem Herrn Sohn ein Pflöchen zu besorgen. Hier in Weiffchen die Bürgermeisterei wäre fürs erste etwas Nettes, Mundes gewesen. Aber natürlich, da benimmt man sich zuerst wie ein Toppatz, der nicht drei Schritt allein ins Leben machen kann, und dann will man unter das Soldatenpack laufen.“

Erregt raunte der Steuertrat im Zimmer auf und ab. Er hörte kaum den schlüchternen Gute-Nacht-Gruß des Sohnes, er sah wohl auch nicht, wie der frischgeworbene freiwillige Jäger des Königs von Preußen sich lacht zur Tür hinausdrückte und zuwiderst seine Soldatenlaufbahn mit einer wenig glücklichen Detraite begann.

(Fortsetzung folgt)

Letzte Nachrichten des Abendblattes.

Der Rücktritt Briands.

Briand über die Ursachen des Rücktritts.

Paris, 13. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Briand empfing gestern, nachdem er seine Demission gegeben hatte, die französischen Pressvertreter und machte ihnen verschiedene Ausführungen, die sich etwa folgendermaßen zusammenfassen lassen:

Es war mir unmöglich, im Amt zu bleiben, und so schwerwiegende Verhandlungen, wie die von Cannes, fortzusetzen, ohne das Gefühl zu haben, daß ich mit dem Parlament und mit der öffentlichen Meinung Frankreichs nicht in vollem Einklang stehe. Seit mehreren Tagen habe ich das Gefühl nicht mehr, daß ich von London zurück. Kaum war ich in Paris eingetroffen, da ich mich mit Fragen beschäftigte. In der Kammer und im Senat wird interpelliert. Ich mußte da und dort antworten und die Vertrauensfrage stellen. Alles dieses, bis zu dem Augenblick, als ich nach Cannes abreisen mußte. Dort unten fand ich die übrigen Alliierten. Ich hatte sofort den Eindruck, daß die Verhandlungen mit Lloyd George und Bonomi, daß die Union im Einklang mit der öffentlichen Meinung und ihrer Presse unterstützt wurde. Im Verlaufe der schwierigen Besprechungen brachte mit jeder Tag eine neue Kundgebung irgend einer großen Kammerkommission oder einer parlamentarischen Gruppe, welche durch ihre Tagesordnung mir Schritt für Schritt alles vorführte, ohne daß sie mir für meine eigene Meinung ausreichenden Raum gewährte. Meine moralische Autorität als Unterhändler war derartig vermindert, daß es mir unmöglich war, die wichtigen Besprechungen fortzusetzen. Nach einigen inspirierten Artikeln schien es mir als des Vertreters Frankreichs unwürdig, unter solchen Umständen die Verhandlungen weiterzuführen. In der Stunde, in der ich alle Anstrengungen machte, um Frankreichs Sicherheit zu sichern, sagte man mir: „Sie werden noch in einem weiteren Punkte nachgeben, Sie werden die Autorität der Reparationskommission kompromittieren. Sie werden unsere Interessen offen.“ Darnach hatte ich das Gefühl, daß ich etwas ganz anderes tue. Man sagte, daß ich die Reparationen opfere, wo es doch feststeht, daß Frankreich von seinen Forderungen nicht einen Cent aufgibt und wo der Belgier und Engländer Opfer bringe. Ich soll Frankreichs Sicherheit für eine Allianz preisgeben haben, die nur ein Sklavereivertrag sei. Dies sagte man in einem Augenblick, wo ich ein Vertragsprojekt mitbringe, welches uns fest an England bindet, wobei England erklärt, daß nunmehr der Rhein unsere gemeinsame Grenze sein werde. Diejenigen, die mir nachfolgen werden, sollen glücklicher sein als ich. Sie sollen meinem Land dieselben Garantien und dieselbe Anerkennung seiner Rechte sichern, wie ich sie zu sichern gewußt hatte.

Briand bei Millerand.

Paris, 13. Januar. Die letzte Zusammenkunft der Minister des Kabinetts Briand mit dem Präsidenten der Republik dauerte von 4.35 bis 5.5 Uhr nachmittags. Briand unterrichtete den Präsidenten über den Verlauf der Kammerarbeiten und kündigte ihm den endgültigen Entschluß an, zurückzutreten. Gleichzeitig überreichte er ihm das Kollektivschreiben der Kabinettsmitglieder. Das Schreiben ist kurz in der üblichen Form gehalten. Millerand nahm die Demission an, sprach in bewerteten Worten sein Bedauern über den Entschluß Briands aus, dankte den Kabinettsmitgliedern für die Mitarbeit und bat die Mitglieder, die Regierungsgeschäfte bis zur Behebung der Kräfte fortzuführen. Beim Verlassen des Elysees sagte Briand: Meine Demission ist endgültig. Ich hätte nur an die Spitze der Regierung treten können, wenn ich das Gefühl gehabt hätte, daß man mich besser unterstützen würde. Briand fügte hinzu, er werde selbstverständlich nicht nach Cannes zurückkehren. Seine Demission werde aber sicher nicht das Zusammenkommen der Konferenz von Genoa in der vorgesehenen Weise verhindern.

Ein Stimmungsbild.

Paris, 13. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Es war 5 Uhr nachmittags, als in der Halle des Carlton-Hotels bekannt wurde, Briand sei zurückgetreten. Während nebenan bei den Klängen einer Jazz-Bande sich elegante Paare im Tande drehten, bildete die sich rasch füllende Halle des Hotels den Schauplatz eines erregten Meinungsaustausches zwischen den Diplomaten und Journalisten aller Länder. Die Nachricht von dem Rücktritt kam umso unerwarteter, als wenige Stunden vorher aus unterrichteter belgischer Quelle eine eher optimistische Auffassung verbreitet worden war. Während des erregten Meinungsaustausches erschien plötzlich Loucheur, der die Sitzung des Obersten Rates auf die Nachricht von der Demission hin verlassen hatte. Sofort umringt, antwortete der immer lächelnde Minister den auf ihn eindringenden Fragern in geistreicher Weise doppelstimmig: „Ich habe nichts mehr zu sagen.“ Unterdessen hatte um 3 1/2 Uhr die Sitzung des Obersten Rates wieder begonnen. Sie fand von Anfang an unter dem Zeichen einer gewissen nervösen Erregung. Rathenau setzte seine Ausführungen vom Vormittag in französischer Sprache fort. Er war wieder für die englische Übersetzung seiner eigenen Dolmetscher. Der Art des Ministers, zu sprechen, gelang es bald, die Aufmerksamkeit der Versammlung wieder an sich zu reizen, als plötzlich von den Journalistenzimmern langsam die Nachricht von dem Rücktritt Briands hereindrang. Um 5 Uhr eine Teepause eintrat, bildeten die Nachrichten aus Paris den einzigen Gesprächsstoff. Als die Sitzung um 5 1/2 Uhr wieder eröffnet wurde, war Loucheurs Platz leer. Er wurde dann von Laroche eingenommen. Dr. Rathenau fasste dann den Schluss seiner Ausführungen kurz zusammen, worauf Lloyd George erklärte, angeichts des Fehlens einer alliierten Regierung sei es zweifelhaft, ob der Oberste Rat beschlußfähig sei. Die deutsche Anregung, vielmehr zur Ausfüllung der notwendigen Tagungsarbeiten Unterkommissionen zu bilden, konnte, da die Beschlußfähigkeit des Obersten Rates zweifelhaft war, keine Beantwortung finden. Lloyd George erklärte, der Oberste Rat müsse unter sich über die Rechtslage beraten. Die Sitzung wurde darauf vertagt, ohne daß über den Zeitpunkt der neuen Sitzung gesprochen wurde.

Der Eindruck in England.

Paris, 13. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der Londoner Korrespondent des „New York Herald“ meldet über den Eindruck der Demission Briands: Das englische Ausland ist durch die Nachricht sehr beunruhigt, weil dadurch nicht nur die Ergebnisse aller vorhergehenden Konferenzen gefährdet, sondern auch die ganze englische Außenpolitik gefährdet werde und alle Hoffnungen auf rasche Einigung der europäischen Wirtschaftskrisis zerstört werden. Die offiziellen Kreise ärgerten gestern Abend nicht, ihrem Minister Ausdrück zu geben, sie meinten, die einzige Möglichkeit sei die Auflösung der französischen Kammer, die durch die Demission der französischen Kammer haben, daß sie jedem Ministerium Schwierigkeiten bereiten und alle englischen Versuche auf gemeinsame Politik mit Frankreich vergeblich sein werden. Durch den Fall Briands hat sich Lloyd Georges Stellung befestigt, und die ganze englische Nation ist in Cannes hinter ihm. Der Allianzvertrag mit Frankreich nicht verwirklicht werden kann, fragt man sich, ob Lloyd Georges Politik zum Wiederaufbau Europas oder die französische Nationalpolitik den Sieg davontragen soll.

Deutschland und der Kabinettswechsel in Frankreich.

Aus Berlin wird uns berichtet: Aus Cannes liegen der Berliner Regierung genaue Nachrichten noch nicht vor, jedoch sie auch nicht in der Lage ist, über ihre Stellungnahme zu den neuesten Ereignissen etwas bekannt zu geben. Durch den Kabinettswechsel in Paris ist naturgemäß die große Gefahr geschaffen worden, daß die bisherige Wirtschaftspolitik, die von uns in den Vordergrund gerückt wurde, durch eine rein politische Orientierung abgelöst wird. Durch den Rücktritt Briands und den Eintritt Woincarés an die Spitze der französischen Regierung scheint diese Gefahr sehr stark heraufzubeschweben. Etwas Gutes können wir jedenfalls von einer solchen Wendung der Dinge, von der Wöhrer der Wirtschaftspolitik zur reinen politischen Orientierung, nicht erwarten. Es läßt sich also noch nicht voraussagen, wie sich die Dinge in Cannes weiter entwickeln werden, und ob die Verhandlungen überhaupt weitergeführt werden. Die Nachricht, daß die belgische Delegation aus Cannes adreiert sei, trifft, soweit die Regierung unterrichtet ist, nicht zu. Auch durch unseren Pariser Botschafter konnte ein Bild über die Lage der Dinge und ihre voraussichtliche Entwicklung noch nicht gegeben werden.

Rückkehr der deutschen Delegation nach Paris.

ek. Cannes, 13. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die deutsche Abordnung wird heute Abend nach Paris zurückkehren und hier mit der Wiederherstellungs-Kommission in Verhandlungen eintreten.

— Girschberg—Zillerthal. Auf der Strecke Girschberg—Zillerthal sind von der seit Ende Dezember wegen Kohlenmangels ausgefallenen Züge der Ruz ab Girschberg 4 Uhr, an Zillerthal 4.20 nachmittags, sowie der Zug ab Zillerthal 4.30, an Girschberg 4.50 Uhr nachmittags wieder eingelegt worden.

* Breslau, 13. Januar. Eine Breslauerin als Referendar. Frau Dr. jur. Erna Saklacher, geb. Friedenthal, die Gattin des Berliner Geschäftsträgers tschechischer Städte und Handelskammern, die geborene Breslauerin ist, jetzener als erste Juristin in Breslau immatrikuliert wurde, und auch an der Breslauer Universität promoviert, hat jetzt in Berlin das Referendaramt mit „gut“ bestanden und ist in den juristischen Vorbereitungsdienst einetreten.

Aus Kunst und Leben.

r. Die letzte Sitzung in Geth de Heide-Prozess fand im Neuen Theater am Zoo (Berlin) statt. Es wurden neben verschiedenen vorgeführten, bei denen die Mitwirkenden höchst mangelhaft befehle waren. Aus diesem Grunde war die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden und selbst der Besitzer des Neuen Theaters, Herr Charlitz, hatte Schwierigkeiten, um seinen eigenen Theateraal zu betreten. In Moskau wurde später die Verhandlung fortgesetzt. Der ganze Prozess mit dem merkwürdigen Zwischenpiel einer dramatischen Sonderaufführung erinnert lebhaft an den letzten „Reigen“-Prozess, der ähnliche Erscheinungen brachte. Sollte er — was nicht unwahrscheinlich ist — denselben Ausgang nehmen, dann wären die ganzen Verhandlungen wieder nichts als eine großartige Reklame für die Modistin und ihre Darbietungen gewesen.

Börsenberichte.

Berliner Dollarkurs 197—189%.

Berlin, 13. Januar. Anfangsbericht. (Eig. Tel.) Der Rücktritt Briands, durch welchen die Lage in Cannes sich völlig verhorren gestaltet hatte, beherrschte heute die ganze Börsenstimmung. Auf Grund dieses politischen Ereignisses schnellten die Devisenkurse stark in die Höhe. Der Dollar stieg auf etwa 197, doch schwächte er sich auf 189% wieder ab. Seitens des Publikums lagen große Kaufaufträge noch nicht vor, doch entfaltete die berufsmäßige Spekulation eine lebhaft Tätigkeit, so daß die Haltung der Effektenkurse eine überwiegend feste war. Um Montanmarkt stellten sich höher: Bochumer 980 (+75), Deutsche-Luxemburger 905 (+65), Wuderus 784 (+14), Gelsenkirchener 920 (+80), Harpener 1350 (+65), Höpke 1180 (+17), Rhein-Neuesen 1200 (+90), Hohenlohe 750 (+35), Oberlofs 1800 (+55), Ratzowitzer 995 (+25), Oberbedar 780 (+15), Lothringer Güte 740 (+25), Mannesmann 1235 (+65), Rheinische Braunkohlen 1120 (+55), Rheinisch 1080 (+65), Riedel Montan 1265 (+65), Bombardier 895 (+80), Thale 8225 (+400), Wöhring 995 (+70). Die Aktien der Laurahütte (915) waren unverändert. Caro geschäftlos. In Kalifornien vollzog sich neuerlich ein ziemlich geräuschvolles Geschäft zu steigenden Kursen. Nonnenberg 850, Krügershall 750, Ferner liegen Westeregeln weiter um 850 Frag. Wöhrleben (+55), Mansfelder Kupfer stiegen auf 21800. Schiffahrtsaktien sowie fremde Bahnen tendierten höher. Schantung (+25), Baltimore (+25), Hamburg-Süd (+39), aber Canada (-20). Bankaktien wenig verändert. Kolonialwerte fast geschäftlos. Petroleumwerte etwas schwächer. Deutsche Petroleum-Gesellschaft 1675, Erdöl 1900. Nickelaktien tendierten wenig gleichmäßig. Elektrizitätsgesellschaften zumeist höher. A. G. (+50), Elektrische Unternehmungen (+50), Schudert (+30), Siemens (+45). Ferner tendierten u. a. höher: Deutsche Maschinen (+37), Deutsche Waffen (+40), Ludwig Löwe (+40), Drenstein (+33), Vogel Telegraphen (+50), Görlitzer Waggon (+25), Linke Hofmann (+50), Hamerjen (+50), Norddeutsche Woll (+55), Stettiner Vulkan (+167), Walldorf (+40), Anglo-Suona (+75), Gohlschmidt (+70), Köln-Rottweil (+35). Feinwägerei-Gesellschaften schwächten sich unerbötlich ab. Mexikaner höher. Fremde Anleihen geschäftlos.

Berliner Notenkurse vom 13. Januar. Anfangskurse. (Eig. Tel.) Holland 7050, Dollar 197—189%, Paris 1640.

Breslau, 13. Januar. Börse. Den Sturz des Kabinetts Briand und die sich damit ergebenden politischen Schwierigkeiten ließen der Börse die Lage Deutschlands in unangenehmerem Lichte erscheinen, als in den letzten Tagen. Da auch aus New York die Markt schwächer gemeldet wurde und der Dollar sich am heutigen Vormittag befestigen konnte, so sah die Börse darin genaue Momente zu Kurssteigerungen. Die Geschäftstätigkeit war belebter, als in der letzten Zeit und die Haltung allgemein fest, jedoch fast auf allen Marktgebieten zum Teil ansehnliche Kurssteigerungen zu verzeichnen waren. Ammerhin nahm der Verkehr noch keine übermäßig großen Formen an und fand gegen 12 1/2 Uhr sein Ende. Am Asienmarkt waren von Montanwerten im Kurse an: Hohenlohe (+35), Oberbedar (+40), Caro (-20), Deutscher Eisenhandel (+80), und Ratzowitzer (+34). Am Zementmarkt konnten sich Opfener um 10 Proz. befestigen. Die seit längerer Zeit nicht abgeschalteten Großmünzen notierten 900. Am Terrainmarkt kamen nur Immobilien zu einem um 18 Proz. niedrigeren Kurse zum Handel. Von Auktionswerten stiegen Kröbener um 70 Proz., während Gahnauer sich abschwächten. Am Textilmarkt gingen Kravatta um 50 Proz., Schlesiens Textilverte um 40 Proz. und Meher Kaufmann um 12 Proz. in die Höhe. Am Markt der Spezialwerte überwiegen gleichfalls die Kurssteigerungen. So stellten sich höher: Teubmühle (+65), Nöbber (+60), Suta (+10), Linke Hofmann (+25), Obbe (+60), und Freiburger Wöhrer (+23). Dagegen gaben Störcke um 16 Proz. und Waldenburger um 18 Proz. in Kursen nach. Im freien Verkehr schwächten sich Glawe u. Hoffmann ab. Polnische Noten lagen etwas höher und waren mit etwa 6.45 W., 6.70 W. am Markt. Stereoidische Noten kamen mit 3.15 und Tschechische mit 2.98 für große Stücke und 2.95 für kleinere Stücke zum Handel. Das Bezugsrecht auf junge Karo-Aktien, das heute am letzten

Male zum Handel kam, wurde mit 169 bezahlt. Das Bezugsrecht auf junge Karavita-Aktien stellte sich auf 250. Der Markt der heimischen Anleihewerte und Staatsanleihen war ruhig und leicht befestigt.

Deutsche Anleihen, Pfandbriefe, Industrie-Obligationen.		18.		12.	
3% Deutsche Reichsanleihe	103.25 G	102.60 G	4 1/2% Archimedes Part.-Obl.	—	—
3 1/2% do.	72.25 G	72.80 G	4 1/2% Bismarck-Obl. (189)	—	—
4% do.	87.50 G	87.00 G	5% D. Textilw. Maschinen (102)	100.00 G	100.00 G
4 1/2% do.	77.15 G	77.15 G	4 1/2% D. Tennersmarkt (1918)	—	—
5% do.	78.50 G	78.25 G	4 1/2% Elektr. Straßenl. 1907/08	98.00 G	98.00 G
5 1/2% do.	—	—	4 1/2% Elektr. Werk Salsingen	101.00 G	101.00 G
6% do.	—	—	4 1/2% Feldmüll. 1911/12	94.00 G	94.00 G
6 1/2% do.	—	—	4 1/2% do. v. 1920 (103)	94.00 G	94.00 G
7% do.	—	—	4 1/2% Handel Oblig. v. 1914 (100)	—	—
7 1/2% do.	—	—	4 1/2% Handel Oblig. v. 1919	88.00 G	88.00 G
8% do.	—	—	4 1/2% Hohenlohe (100)	90.00 G	—
8 1/2% do.	—	—	4 1/2% Kattowitzer Obligat.	—	—
9% do.	—	—	4 1/2% Karwiner ...	80.00 G	80.00 G
9 1/2% do.	—	—	4 1/2% Linke-Hofmann (100)	85.00 G	85.00 G
10% do.	—	—	4 1/2% Linke-Hofmann (102)	—	—
10 1/2% do.	—	—	4 1/2% Meyer Kaufm. Text. (102)	102.00 G	102.00 G
11% do.	—	—	4 1/2% H. S. Schlos. Elektrische	99.00 G	99.00 G
11 1/2% do.	—	—	4 1/2% H. S. Eisenh.-Bod. (1902)	—	—
12% do.	—	—	4 1/2% do. do. do. (103)	93.50 B	—
12 1/2% do.	—	—	4 1/2% do. do. do. (102)	93.50 B	—
13% do.	—	—	4 1/2% Ob. Eis.-Industrie (Caro)	—	—
14% do.	—	—	4 1/2% Oberlofs, Hoks (104)	—	—
15% do.	—	—	4 1/2% Oberschles. Kohlenwerke	—	—
16% do.	—	—	4 1/2% Obles Erben	98.50 G	98.50 G
17% do.	—	—	4 1/2% Sillesia, chemische (103)	—	—
18% do.	—	—	4 1/2% do. Emission 1906 (103)	—	—
19% do.	—	—	4 1/2% Schlos. Cellulose (103)	95.00 G	95.00 G
20% do.	—	—	4 1/2% Schlos. Gas (103)	87.00 B	87.00 B
21% do.	—	—	4 1/2% Schlos. Kleinbahn	—	—
22% do.	—	—	4 1/2% Steinkohle Kattow.	—	—
23% do.	—	—	4 1/2% Ver. Freiburg. Wöhrer	100.00 G	—

Oesterr. Banknoten (neue) p. 100 Kr. —. do. p. 1000 Kr. 3.15 W., Tschecho-slowak. Staat (neue) 100 Kr. 2.98 W., 100 Kr. kleinere 2.95 W., Dividendenwerte.

13.		letzte Not.		13.		letzte Not.	
Archimedes	—	1400 — G	Oberschles. Kohlenwerke	—	1730 — G	—	—
Breslauer Hauptk.	—	300 elwB	do. Pottland-Zement	930 — G	1000 — B	—	—
do. Malt-Fabrik	—	600 — B	Obles Erben	640 elwB	580 — G	—	—
Ostwarer-Aktien, Berl.	894 — B	1680 — B	Opp. Zement (Grundmann)	825 — B	815 elwB	—	—
do. 1/2% Vorzugs-Aktien	—	102 — B	Pottland-Zement (Glas)	1500 — G	1550 — B	—	—
Carischlitz	—	675 — G	Residenz-Hotel und Caff	420 elwB	400 — G	—	—
Danziger Eisenhandl.	910 — B	820 elwB	Rüttgerwerke	—	820 — G	—	—
Donnersmühl	—	1375 — G	Schlesische Bobenbahn	158 — B	155 — B	—	—
Elektr. Straßenb. Breslau	—	275 — B	Schles. Dampfer	545 — B	545 — B	—	—
Erdmannsdorfer-Aktien-Ges.	—	920 — G	do. Feuererlöser	—	1925 — B	—	—
Feldmühl, Pap.-u. Zellstoff	880 — B	875 — B	do. Gas-Aktien Lit. I	—	800 — B	—	—
Filbiter Maschinenbau	820 elwB	760 elwB	do. Gas-Aktien Lit. II	794 — B	800 — B	—	—
Frankfurter Zucker	—	2080 elwB	do. Immobilien	380 — G	328 elwB	—	—
Göppeliner	—	1100 — G	do. Lein.-Ind. Nostia**	1070 — G	1020 — B	—	—
Hohenloherwerke	745 — B	720 — B	do. do. do.	780 — B	1660 — B	—	—
Höpke	550 — B	540 — B	do. Textil	—	850 — G	—	—
Hydrameter	900 — B	865 — B	do. Zement-Großhandel	900 elwB	860 — G	—	—
Kattowitzer	1000 — B	926 elwB	do. Zink- und Blei-Aktien	—	1620 — B	—	—
Königs- u. Laurahütte	—	860 — B	Silesia, Verein d. Bergb. Fabr.	—	—	—	—
Linke-Hofmann	999 — B	974 — B	Striegauer Eisenh.	—	950 elwB	—	—
do. 4 1/2% Vorz.-Akt.	—	115 — G	Terr.-Akt.-Ges. Gröben	—	300 elwB	—	—
Melndorf	1000 — B	975 elwB	do. Kattowitzer	—	350 — G	—	—
Meyer Kaufmann	—	765 — B	Ver. Freiburger Wöhrer	—	855 — B	—	—
Niederschles. Elektr.	537 elwB	550 elwB	Zuckerfabrik Haynau	—	775 — B	—	—
Oberschles. Eisenh.-Bod.	815 — B	775 — B	Zuckerfabrik Proßlau	—	1250 elwB	—	—
do. Eisen-Industrie	870 — B	850 elwB	Zuckerfabrik Zönn	—	500 — B	—	—

Schlesische Blandrucker 400 G. Ostwerke-Akt. (exkl. Bezugsr.) 910 B, Bezugsrecht *) 199 B. **) 250 G.

Produktenbörse.

Tägliche Amtliche Notierungen: für 50 Kilogramm: Breslau, 13. Januar. Amtlicher Stimmungsbericht. Getreide: Trotz höherer Devisen Kaufkraft für Weizen und Roggen schwach, da die Mühlen auf Grund der heutigen Preise schwierigeren Mehlabsatz haben. Die anderen Preise nominell. Dlsaaten: Geschäftlos, daher Preise nominell. Hülsenfrüchte: Bei schwachen Umsätzen Preise unverändert. Rohfutur: Für Stroh festend, Heu bei knapper Zufuhr sehr fest. Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für Stroh Erzeuger, für Heu Händlerpreise notiert werden. Mehl- u. Wahlprodukte: Etwas fester.

Getreide:		13.		12.		Dlsaaten:		13.		12.	
Gerste (Sommer)	330-350	330-350	Hanfhaat.	520-550	500-520						
(Winter)Uml. 100	300-310	300-310	Leinamen	600-620	600-620						
Hafel Umlage 90.	250-265	250-265	Mohn (blau)	700-725	700-725						
Gerste	200-230	200-230	Raps (Winter)	600-625	600-625						
Roggen Umlage 105.	295	295	Senfamen	550-575	550-575						
Weizen Umlage 115.	370	370	(Preise nom.)	—	—						

Amtl. Notierung für 50 kg Dienstag u. Freitag. 13. Jan. 10. Jan. Hülsenfrüchte: Victoria-Erbsen (gute d. lezt. Grate) 450-500 450-500 Kleine gelbe Erbsen — — Futter-Erbsen — — weiße Bohnen — — Kongo-Bohnen — — 290-300 290-300 Pferdebohnen — — Widen — — Bohnen — — Lupinen gelb. — — Lupinen blau — — Rohfutur: Roggen- u. Weizen-Drabstroh 35-37 35-35 Roggen- u. Weizen-Bindabstroh 30-32 30-32 Gersten- u. Hafel-Drabstroh 42-44 40-42 Gersten- u. Hafel-Bindabstroh 37-39 37-39 gebündeltes Weizen- u. Roggenstroh 25-27 25-27 gebündeltes Gersten- u. Hafelstroh 33-35 33-35 Roggenstroh, Hegelebruch 50 50 Roggenstroh (Breitbruch) — — 40 40 Heu, gesund, trocken — — 120 120 Heu, gut, gesund, trocken — — 130 130 Mühlenzergewichte: Weizenmehl 100 kg 950-1025 950-1025 Roggenmehl — — do. 800-850 800-850 Auszugsmehl — — do. 1050-1125 1050-1125

** Bei Heu Händlerpreis ab Verladestation. ** Bei Stroh Erzeugerpreis ab Verladestation. Nichtamtlicher Bericht. Am heutigen Markt blieb bei mäßigem Angebot die Stimmung weiter fest, sowohl für Roggen als für Weizen, obgleich die Mühlen Anläufe wegen ungünstigen Mehlabsatzes nicht vornahmen. Gerste nur feine beachtet, Hafel Ware die Umsätze sehr unbedeutend und die Stimmung ruhig. Raps sowohl als alle anderen Dlsaaten, besonders Hanf, waren gesucht und nur schwach angeboten. Hülsenfrüchte wenig angeboten und fest, sowohl Speiserbsen und Bohnen, als besonders Pferdebohnen, Kehlischen und Widen. Lupinen, gelbe knapp und sehr fest, blaue und Futter-Lupinen fest. Gerste ruhig. Roh- u. Gerste 200-230 M., gefällte Gerste 460-480 M. Am Sammerienmarkt war die Stimmung fest, und für feine Rot- und Weißhaat sowie für Schweißhaat neuer Ernte bestand gute Kaufkraft. Gelbklee, mehr beachtet. Bundklee bei schwachem Angebot ruhig. Gräser fest. Gerabella in vorjähriger und Saat neuer Ernte festend, alte, nicht einwandfreie Ware reichlich angeboten, Luzerne fest, Heu knapp und Stroh höher bei schwacher Zufuhr. Kartoffeln fast ohne Zufuhr. Futtermittel ruhig. Kleie gefragt. Mais in greifbarer Ware gesucht, aber wenig verfügbar. Wahlprodukte matt.

Wetternachrichten. Von der Seewarte. Das Wetter ist bei schwachen bis mäßigen Winden noch meist trübe, die Temperaturen sind weiter gesunken. Oben +2, Hamburg -2, Spinnmünde -1, Neufahrwasser +1, Ramei -1, Stadholm -3, Daparranda -15, Garfau 0, Berlin 0, Raden -3, Meer -1, Rindern -4, Wien -1.